



Bundestagsfraktion der Linken, Vorsitzender Gysi: Langwierige Stellungskriege zwischen Moderaten und Fundis

LINKE

Das vergiftete Erbe

Bei den Linken tobt kurz nach dem größten Wahlerfolg ihrer Geschichte ein Richtungsstreit zwischen Radikalen und Realos. Machtverlust trotz Stimmengewinn – das Ende der Ära Lafontaine hat begonnen. Die Kronprinzen der Partei bringen sich bereits in Stellung.

Es war ein kurzer Besuch. Nur wenige Stunden hielt sich Oskar Lafontaine im brandenburgischen Rheinsberg auf, zur Klausurtagung seiner linken Bundestagsfraktion.

15 Minuten dauerte die Rede, in der er seinen Rückzug als Fraktionschef verkündete, Gregor Gysi sprach ein paar Dankesworte, das war's. Schon rauschte Lafontaine in seinem silbernen Audi Richtung Berlin davon, um den Flieger nach Saarbrücken zu erreichen. Kurz darauf verschwand er mit Ehefrau Christa Müller und Sohn Carl-Maurice in den zweiwöchigen Sonnenurlaub.

Zurück blieben die Abgeordneten seiner Partei mit vielen Fragen und einem komischen Gefühl: Wiederholt sich die Geschichte doch?

Schon einmal, vor zehn Jahren, hatte Lafontaine die Flucht angetreten, als er überstürzt den SPD-Vorsitz hinwarf und sich in seiner Villa im Saarland verschanzte. Es war ein Schock, dessen Folgen die Sozialdemokraten noch heute spüren.

Dieses Mal, bei den Linken, ist es zwar ein Rückzug auf Raten, mit halbem Herzen, denn den Parteivorsitz möchte Lafontaine noch eine Weile behalten. Doch seine so-

zialistischen Genossen sind nun ähnlich beleidigt und verletzt, wie es 1999 die Sozialdemokraten waren. Die Autorität des Chefs erodiert bereits, seine Kronprinzen bringen sich in Stellung. Im Machtspiel der Politik bedeutet eben auch der partielle Verzicht meist den Anfang vom Ende.

Mit seinem überraschenden Schritt ist Lafontaine nun ein Politiker, dem ein Verfallsdatum anklebt. Es ist der 9. Mai 2010. Für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen werde er noch gebraucht, sagt ein Spitzengenosse, „danach fängt er an zu schaden“.

Selten hat sich ein Wahlsieger so schnell entzaubert wie jetzt die Linke. Erst Ende September errang sie den größten Erfolg ihrer Geschichte. Bei Bundes- und Landtagswahlen hat sich die Partei als feste politische Kraft in ganz Deutschland etabliert, ein Triumph für östliche Parteikader wie westliche Altkommunisten – vor allem aber für Lafontaine. Er durfte sich als Sieger der Geschichte fühlen, seinen Aufstieg und den Niedergang der SPD als direkte Folge von Gerhard Schröders Agenda-Politik feiern, die er zuletzt noch lautstark im Wahlkampf attackiert hatte.

Doch der Triumph zahlt sich nicht aus. Die Machtoption im Bund ist dahin, weil es für Rot-Rot-Grün rechnerisch keine Mehrheit gibt. Und auch in den Ländern sind die Linken vorerst ausgebremst. Von der Hoffnung der Strategen auf einen rot-roten Block im Bundesrat ist wenig geblieben, nur im kleinen Brandenburg dürfen sie nach den jüngsten Wahlen mitregieren.

Stattdessen ist unter den Linken ein heftiger Streit um den künftigen Kurs der Partei ausgebrochen, die als einzige Bundestagspartei kein Programm besitzt. Im Osten geben die Pragmatiker den Ton an, dort sind die Linken Volkspartei und vertreten breite Interessen. Im Westen dominiert eine bunte Truppe aus Altkommunisten und anderen Sektierergrüppchen und setzt auf Fundamentalopposition. Immer noch will nicht zusammenwachsen, was nach Lafontaines Willen lange schon zusammenggehört. Die Auseinandersetzung ist nun eine späte Folge seiner Weigerung, beim Zusammenschluss von Linkspar-

tei.PDS und der westdeutschen Protestbewegung WASG eine inhaltliche Debatte zuzulassen. Die wird jetzt mit Macht nachgeholt. Es geht um Vergangenheitsbewältigung, um die künftige Strategie und um die Frage, was linke Politik in Deutschland bedeuten soll.

Und es geht um Lafontaines Verantwortung. Hat der Parteichef mit seiner Privatfehde gegen die SPD auf den falschen Feind gesetzt? Was hat der Bruderkrieg im linken Lager gebracht – außer einer komfortablen Mehrheit für das bürgerliche Lager? Und wie sollen SPD und Linke in Zukunft miteinander umgehen: sich abgrenzen oder sich aufeinander zu bewegen, nach links, nach rechts, in die Mitte?

Wie einst bei den Grünen drohen nun auch den Linken langwierige Stellungskriege zwischen Realos und Radikalen, Ost und West, Mann und Frau. Parallel zur Programmdebatte gibt es zu allem Überfluss auch noch Streit über quotierte Doppelpitzen.

Und eine weitere Frage wird in der Partei heftig diskutiert: Warum hat sich Lafontaine überhaupt zurückgezogen? Waren es private Gründe, der Druck der Familie? Wüsste sich Ehefrau Christa Müller ihren Mann ins Saarland zurück? Weil er womöglich gesundheitlich angeschlagen ist?

Vertraute wussten zu berichten, der Chef habe sich schon im Wahlkampf gequält und sich über zu wenig Unterstützung für seinen Fundi-Kurs beschwert: Warum müsse er eigentlich immer als Einziger ein Recht auf Generalstreiks wie in Frankreich fordern? Schließlich hielt ihm

nur eine bei diesem Thema politisch die Treue: Die Kommunistin Sahra Wagenknecht, intime Kennerin von Lafontaines Positionen und nicht nur in Streikfragen mit ihm auf Augenhöhe, verlangt wie er regelmäßig französische Verhältnisse.

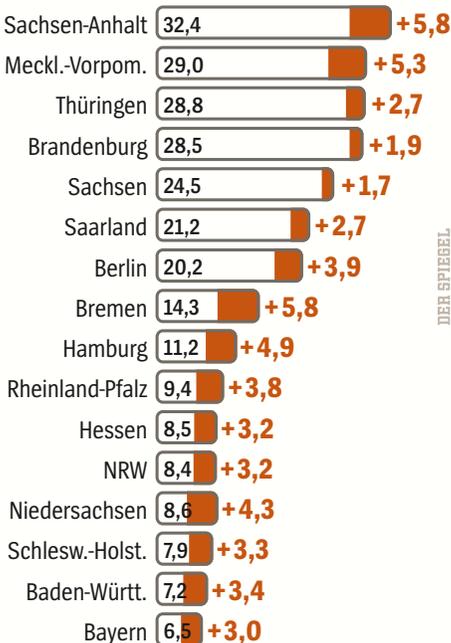
Aber längst geht es um mehr als Lafontaines Charakter und seine radikalen Thesen, die lange eine Annäherung zwischen Linken und Sozialdemokraten erschwert haben. Sein Teilrückzug ermöglicht nun eine offene Diskussion. Gerade die Realos aus der alten Ost-PDS beobachteten die teuren Ideen des Chefs etwa zu Hartz IV oder der Rente schon lange mit Unbehagen. „Wir brauchen jetzt endlich eine Programmdebatte“, fordert Vorstandsmitglied Jan Korte. Klaus Lederer, Landesvorsitzender in Berlin, wo zurzeit das einzige rot-rote Bündnis arbeitet, verlangte ein Ende des „linken Protestantismus und Populismus“, für den er auch seinen Parteichef verantwortlich macht.

Viele der Realos haben nicht verwunden, dass ausgerechnet nach der größten Finanzkrise seit Jahrzehnten und bei massiven Ängsten auf dem Arbeitsmarkt das liberal-konservative Lager eine deutliche Mehrheit errang. Lafontaine mit seinen Parolen gilt in diesem Block als Bürger-schreck.

Die Parteipragmatiker wollen deshalb mit ihren Positionen zügig jenen Raum besetzen, den ihr Noch-Vorsitzender nun frei macht. Sie möchten die Partei mit Blick auf die nächste Bundestagswahl 2013 endlich koalitionsfähig machen und hoffen, dass Lafontaines Arm vom Saarland aus nicht mehr weit genug reicht, um die Par-

Erfolg auf ganzer Linie

Landesergebnisse der Linkspartei bei der Bundestagswahl und Veränderung gegenüber der Wahl 2005, in Prozentpunkten



Parteifreunde Lafontaine, Wagenknecht: Heftige Kämpfe im Damenlager

„Sozialismus als Vision“

Bodo Ramelow, 53, Vorstandsmitglied der Linken und Angehöriger des Realo-Flügels, über die radikalen Forderungen seiner westdeutschen Genossen und die Rolle von Oskar Lafontaine



Wir müssen die Programmdebatte jetzt massiv vorantreiben.

SPIEGEL: In welche Richtung?

Ramelow: Verstaatlichen oder vergesellschaften? Welches Eigentum muss man im Sinne des Grundgesetzes beschützen, und an welchen Stellen verliert Eigentum auch Schutzanspruch? Aus meiner Sicht nämlich dann, wenn es anfängt, bedrohlich zu werden.

SPIEGEL: Verstaatlichen Sie nach dem Stromnetz dann auch gleich die Deutsche Bank?

Ramelow: Wenn die Banken ihr eigenes Geld benutzen, können sie agieren, wie sie wollen. Wenn aber eine Bank staatliches Geld in Anspruch nimmt und ihre Verpflichtungen nicht erfüllt, dann stellt sich die Frage nach Verstaatlichung.

SPIEGEL: Und die Linke als Irgendwann-Regierungspartei führt dann die Geschäfte?

Ramelow: Es geht nicht um entschädigungsloses Enteignen, es geht nicht um revolutionäres Enteignen. Wir brauchen einen souveränen Begriff des Eigentums.

SPIEGEL: Wofür steht Ihre Partei denn nun? Wollen Sie ein neues Gesellschaftssystem?

Ramelow: Nein, aber eine Rückkehr zum Sozialen in der Marktwirtschaft. Wir müssen klären, ob wir zweite sozialdemokratische Partei werden wollen oder eine normale moderne sozialistische.

SPIEGEL: Was ist Ihre Antwort?

Ramelow: Wir müssen den Begriff „Sozialismus“ als Anspruch, als Vision, als Hoffnung für uns behalten. Im Alltag brauchen wir aber eine pragmatische Politik. Es gibt Kollegen im Westen, die befürchten, Sozialismus werde dort übersetzt mit Stasi, Mauer, Honecker und dem gescheiterten staatssozialistischen System.

SPIEGEL: Kein Wunder, schließlich ging die Linke aus der SED hervor, die 40 Jahre einen Unrechtsstaat am Leben gehalten hatte.

Ramelow: In der DDR galt Macht vor Recht. Viele Menschen haben Unrecht durchlebt und erlitten. Für dieses Unrecht ist auch meine Partei mitverantwortlich.

SPIEGEL: Das ist aber nicht jedem in Ihrer Partei klar.

Ramelow: Aber das ändert nichts an der historischen Wahrheit.

Thüringischer Linker Ramelow: „Wir müssen die neoliberalen Denkmuster aufbrechen“

SPIEGEL: Herr Ramelow, gehen Sie nach diesem Interview gleich nach Hause?

Ramelow: Ja. Wegen meines Hundes. Zu tun hätte ich aber noch genügend.

SPIEGEL: Und wir dachten, Sie folgten der jüngsten Forderung Ihrer Partei: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Ramelow: Ich finde die Forderung berechtigt, weil sie eine Generaldebatte über die Arbeitszeit anstößt.

SPIEGEL: Realitätsferne Vorschläge gibt es in Ihren Reihen zurzeit reichlich. Ihre Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen wollen Schulnoten abschaffen, ein Recht auf Rausch einführen und Schlüsselindustrien verstaatlichen. So wollen Sie an die Regierung kommen?

Ramelow: Wir müssen die neoliberalen Denkmuster der Politik aufbrechen. Trotzdem gefällt es mir nicht, wie plakativ manches gerade auf die Tagesordnung gesetzt wird.

SPIEGEL: Die Forderung nach einer Verstaatlichung der Privatwirtschaft jedenfalls wird Ihnen zumindest im Westen wenig Wähler bringen.

Ramelow: Moment mal, die Genossen in Düsseldorf fordern nicht die Verstaatlichung der Privatwirtschaft. Es geht um Monopolstrukturen wie etwa in der Ener-

giewirtschaft. Ich rede dabei lieber von Vergesellschaftung, also der Überführung zum Beispiel in kommunales Eigentum oder Stiftungen. Verstaatlichung allein hilft überhaupt nicht weiter. Allerdings: Die Stromnetze gehören tatsächlich unter öffentliche Kontrolle.

SPIEGEL: Sind Sie mit Ihren freien Radikalen gut für die kommende Landtagswahl in NRW aufgestellt?

Ramelow: Ich möchte meinen nordrhein-westfälischen Genossen keine Ratschläge über den SPIEGEL geben. Aber es gibt Kritikpunkte. Beispielsweise deren Frontstellung gegen Religionsunterricht. Das ist absolut falsch. Ich warne meine Partei davor, antireligiös zu agieren. Wir haben Bündnispartner, die in Kirchen gebunden sind. Die dürfen wir nicht verlieren.

SPIEGEL: Verwirrung gibt's doch nicht nur in Glaubensfragen. Die Linke ist die einzige größere Partei ohne Parteiprogramm. Wurde die Diskussion zu lange verschleppt?

Ramelow: Wir haben programmatische Eckpunkte. Aber schon bei der Fusion von Linkspartei und der westdeutschen WSAG, die ich maßgeblich begleitet habe, wäre eine Diskussion nötig gewesen.

MARIO GENTZEL / PICTURETEAM

SPIEGEL: DDR-Nostalgiker im Osten, kommunistische Sektierer im Westen – geht Ihnen so viel ideologischer Ballast nie auf die Nerven?

Ramelow: Wir haben eine strömungsoffene Partei gewollt, damit es keine Einheitspartei wird. Das hat den Nachteil, dass da, wo es strömt, auch mal Wirbel entstehen. Das gefällt mir nicht immer. Auch ich habe mich schon gefragt, warum es bei uns gleich drei unterschiedliche kommunistische Gliederungen geben muss.

SPIEGEL: Wie groß ist deren Einfluss?

Ramelow: Das ist nicht die dominante Kraft. Überall da, wo wir mit unseren Kommunal- und Landtagsabgeordneten eine Rückverankerung direkt in die Gesellschaft haben, entkrampft sich das sehr schnell.

SPIEGEL: Muss sich die Linke mit Blick auf mögliche Koalitionen an die SPD annähern?

Ramelow: Wir brauchen die Programmdebatte zur Eigenbestimmung. Aus meiner Sicht müssen wir eine eigenständige linke Partei bleiben. Es ist nicht meine Aufgabe, mir einen Kopf über die SPD zu machen. Es geht um eine innere Zentrierung: Was ist der Markenkern dieser Partei?

SPIEGEL: Der Markenkern heißt Hartz IV abschaffen, sofort raus aus Afghanistan und die Nato überwinden?

Ramelow: Ich sehe uns nicht als Volkspartei. Wir sind regionale Volkspartei: Im Osten sind wir in fast allen Stadtparlamenten und Kreistagen entweder stärkste oder zweitstärkste Fraktion.

SPIEGEL: Wachstum hat seine Grenzen.

Ramelow: Sicher. Im Osten werden wir kaum weiter wachsen können. Da ist unser Potential ziemlich ausgereizt. Aber in ganz Deutschland könnten wir uns bei 15 Prozent einpegeln.

SPIEGEL: Schöne Aussichten. Nur leider politisch ohne Wert, wenn, wie bei Ihnen in Thüringen, niemand mit Ihnen koalieren will.

Ramelow: Lustig ist das nicht. Aber ich kann mir in Erfurt Rot-Rot-Grün noch immer gut vorstellen. Auch Rot-Rot mit Tolerierung durch die Grünen. Doch das ist Sache der SPD.

SPIEGEL: Sie haben einen Stasi-IM in die Verhandlungen geschickt. Das fanden die anderen auch nicht lustig.

Ramelow: Das wurde zum öffentlichen Klamauk. Man kann die Stasi nicht 30-mal auferstehen lassen. Versöhnung beginnt nach meiner Definition mit Einsicht und Bereuen. Jeder, der in der DDR gespitzelt hat, muss sich dazu öffentlich verhalten, wenn er ein Mandat anstrebt. Wird er dann gewählt, ist er auch dabei.



Linke Streitthemen Afghanistan-Einsatz, Marktwirtschaft (Frankfurter Börse): „Ich sehe uns nicht als Volkspartei“

Ramelow: Zum Beispiel.

SPIEGEL: Haben Sie den Markenkern in Bezug auf Afghanistan nicht angegriffen, als Sie einen sofortigen Abzug der Bundeswehr als unrealistisch bezeichnet haben?

Ramelow: Ich habe nur auf die Vernunft hingewiesen, und ich bleibe da auch ganz hartnäckig. Die politische Formel „sofort raus“ muss durch Sachpolitik umgesetzt werden. Das heißt, die Militärkarte auf Zivilkarte umstellen, und das bedeutet einen geordneten Rückzug, keinen Rückzug Hals über Kopf.

SPIEGEL: Wo wollen Sie stehen im Parteiensystem?

SPIEGEL: Nicht mal im Saarland hat es geklappt. Verhinderte der Auftritt Ihres Parteichefs Oskar Lafontaine dort die rot-rot-grüne Koalition?

Ramelow: Das halte ich für eine große Legende.

SPIEGEL: Ist Lafontaines Verzicht auf den Fraktionsvorsitz in Berlin ein Rückzug auf Raten?

Ramelow: Nein. Es ist ein geordneter Generationswechsel. Zuvor hieß es immer, Lafontaine sei machtgeil. Jetzt macht er einen Weg frei, und das ist, finde ich, grandios.

INTERVIEW: FRANK HORNIG, STEFFEN WINTER

tei weiter nach seinen Vorstellungen zu prägen.

So richtig ernst hatte der Chef seinen Job zuletzt ohnehin nicht mehr genommen. Im Wahlkampf absolvierte Lafontaine gerade mal halb so viele Auftritte wie Gysi, bei Vorstandssitzungen fehlte er regelmäßig. Auf dem Schreibtisch seines Büros in der Berliner Parteizentrale „liegt kein einziges Blatt Papier“, sagt ein Mitarbeiter im Karl-Liebknecht-Haus. In Wahrheit habe die Partei Lafontaine nie wirklich interessiert, Vorsitzender sei er „nur in den Medien“.

Allerdings stoßen auch die Kommunisten, Sozialisten und Antikapitalisten des westdeutschen Parteiflügels energisch in das neue Machtvakuum vor; allen voran die Genossen im strategisch wichtigen Nordrhein-Westfalen, wo die Linke bei der Bundestagswahl 8,4 Prozent gewann.

Ihr Wahlprogramm reicht von harmlosen Schwärmereien („Vorrang für Fahrräder“) über eine reformierte Schulpolitik („Abschaffung von Kopfnoten und Sitzbleiben“) bis zu einer neuen Drogenpolitik („... sollte es jedem Erwachsenen erlaubt sein, straffrei bis zu fünf weibliche Cannabispflanzen für seinen privaten Gebrauch anzubauen“).

Doch auch vor härteren Forderungen schrecken die Düsseldorfer Beton-Linken nicht zurück. So wollen sie Energiekonzerne verstaatlichen und den Verfassungs-

schutz abschaffen – von dem fühlen sich Genossen durchaus auch selbst belästigt, nicht nur die Linke treffe dessen „politischer Amtsmissbrauch“.

Die Berliner Parteistrategen sind entsetzt. Eine Regierungsbeteiligung nach den NRW-Wahlen im kommenden Mai halten sie nun für so gut wie ausgeschlossen. Für die Gesamtpartei ist das ein Drama. Noch immer sucht sie verzweifelt nach einem Referenzprojekt in den alten Bundesländern, nachdem die linken Lagerträume erst in Hessen und jetzt sogar im Saarland geplatzt sind, obwohl es in Saarbrücken bequem für eine rot-rot-grüne Koalition gereicht hätte. Ohne Regierungserfahrung im Westen jedoch scheint selbst 2013 ein Ein-

zug in die Bundesregierung wenig wahrscheinlich.

Lafontaine wird dann 70, und auch Fraktionschef Gysi hat bis dahin das Rentenalter erreicht. So lange jedoch wollen die Kronprinzen der Partei nicht warten. Sie drängen schon jetzt nach vorn, um die Partei rechtzeitig auf ihren Kurs zu bringen und regierungstauglich zu machen.

Einer von ihnen ist Bodo Ramelow, Spitzenkandidat der Linken in Thüringen. „Zuvor hieß es immer, Lafontaine sei machtheißer“, sagt er über den Parteichef, „jetzt macht er einen Weg frei, und das ist, finde ich, grandios“ (siehe Interview Seite 24). Er will die freie Fahrt baldmöglichst zum eigenen Vorteil nutzen.

Ramelow, ein gebürtiger Niedersachse, lebt seit 1990 in Thüringen und hat sich so schon durch seine Biografie als Integrationsfigur für die Gesamtpartei positioniert. Er war Fusionsbeauftragter beim Zusammenschluss von Ost- und Westlinken, als Wahlkampfmanager führte er die Partei 2005 erfolgreich in den Bundestag. Dass sein rot-rot-grüner Regierungstraum in Erfurt kürzlich geplatzt ist, hat seine bundespolitischen Ambitionen nicht geschmälert.

Taktisch geschickt macht sich Ramelow, eigentlich eher als Parteirechter bekannt, jetzt auch für die Radikalforderungen seiner Westgenossen stark. „Wir müssen den Begriff Sozialismus als Anspruch, als Vision, als Hoffnung für uns behalten“, sagt er.

Konkurrenz droht ihm aus Berlin, wo Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch direkten Zugriff auf den Parteiapparat hat. „Rote Fahnen hissen allein reicht nicht“, sagte der, „wir müssen praktische Lösungen anbieten, von denen die Menschen auch etwas haben.“

Bartsch, ein enger Gysi-Vertrauter, promovierte in Moskau und war Geschäftsführer beim Parteiblatt „Neues Deutschland“. Den Erfolg bei der Bundestagswahl vom 27. September organisierte er als Wahlkampfmanager. Sein Machtbewusstsein bewies er, als Lafontaine für das Amt des Bundesgeschäftsführers mal eine Doppelspitze installieren wollte – Bartsch lehnte ab und blieb gestärkt im Amt. Solche Strukturen führten nur zu sinnloser Selbstbeschäftigung, glaubt er.

Doch Lafontaine setzt auch im Abgang noch auf ein duales Führungssystem. Ginge es nach ihm, würden Partei und Fraktion langfristig mit Doppelspitzen besetzt, artig quotiert nach Mann und Frau und Ost und West. Vielen seiner Genossen gilt dieser Plan als vergiftetes Erbe.

Richtig durchdacht erscheinen Lafontaines Wünsche ohnehin keinem in der



Partner Kaiser, Platzeck: „Im Interesse der Demokratie“

Linken. Nur wenige Tage vor der Rheinberger Fraktionsklausur zum Beispiel irritierte Lafontaine Gysi mit der Idee, ihm künftig Heike Hänsel als Co-Fraktionschefin zur Seite zu stellen. Die Abgeordnete aus Baden-Württemberg, eine Lafontaine-Anhängerin und eher im Fundi-Lager angesiedelt, ist ebenso unberechenbar wie unbekannt. Als zweite Parteivorsitzende an seiner Seite könne er sich die ostdeutsche Haushaltspolitikerin Gesine Löttsch vorstellen, schlug Lafontaine vor.

Zudem überlege er, sein Bundestagsmandat aufzugeben. Um aber nicht wieder den Eindruck zu erwecken, er werfe alles überstürzt hin, solle diese Entscheidung noch verschoben werden.

Gysi hält ähnlich wenig von einer Doppelspitze wie Bartsch, kann das aber öffentlich nicht sagen. Also schob er das Problem geschickt ab. Die Frauen in der Fraktion, immerhin mit 40 Abgeordneten in der Mehrheit, sollten sich erst einmal untereinander auf eine Kandidatin einigen – was erwartungsgemäß sofort zu heftigen Kämpfen im Damenlager führte.

Bedenken meldeten vor allem Vertreterinnen aus dem Osten an. Sie wollten sich nicht auf eine Westfrau festlegen lassen. Die Entscheidung dürfe nicht von „abstrakten Kriterien“ abhängen, moserte die Fraktionsvizein Löttsch. Eine Fraktionsvorsitzende müsse „nicht zwingend aus dem

Westen kommen“, assistierte auch die wiedergewählte Parlamentarische Geschäftsführerin Dagmar Enkelmann. Doch die Westfundis um Sahra Wagenknecht drängen mit Macht nach vorn. Ihr Parteiflügel ist im neugewählten Fraktionsvorstand so gut wie nicht vertreten – sie wollen unbedingt eine der ihnen an Gysis Seite platzieren.

Im Streit um Posten und Programme droht Lafontaines Masterplan nun unrühmlich unterzugehen. Konfrontation mit der Agenda-SPD, Wahlgewinn, Annäherung, Regierungsbeteiligung und am Ende die Wiedervereinigung der linken Bruderparteien – davon kann jetzt kaum noch die Rede sein. Und auch eine rot-rot-grüne Koalition im Bund in zwei Jahren – nach dem Scheitern einer weiteren Großen Koalition – wird ein Hirngespinnst bleiben.

Zudem hat sich der gewiefte Machttaktiker auch innerparteilich verrechnet. Der Weg zur Sonne wird von einem frustrierten Gysi gesäumt, von ungeduldigen Kronprinzen und einer ebenso mächtigen wie gespaltenen Frauenfraktion. Die Linke ist heillos zerstritten.

Ausgerechnet auf dem kleinen Brandenburg ruhen fürs Erste nun die Hoffnungen der Partei – die Ge-

nossen aus Potsdam lieferten die einzige Erfolgsmeldung der vergangenen Wochen. Dass ihnen eine Einigung mit SPD-Ministerpräsident Matthias Platzeck gelang, ist eine kleine Sensation. Denn bislang schienen die Linke-Fraktion mit mehreren Stasi-IM und der ehemalige Bürgerbewegte nicht zusammenzupassen.

Dass es trotzdem klappte und Platzeck statt der CDU die Linke mit Spitzenkandidatin Kerstin Kaiser als Koalitionspartner wählte, hat auch machtarithmetische Gründe. Rot-Rot kommt im Landtag auf mehr Sitze, die knappe Mehrheit mit der Union war riskanter. Zugleich aber bemüht Platzeck ein moralisches Argument im Dienst der Macht. Im „Interesse der Demokratie“, sagt er, wolle er eine große Gruppe von Menschen in die Verantwortung nehmen. Es gehe um „Versöhnung durch Mitverantwortung“.

Versöhnung oder Entzauberung – das eigentliche Problem hatte Platzeck schon vor zwei Jahren benannt: bei einer Laudatio für einen ehemaligen SED-Funktionär, den er für geläutert hält. Der „Kardinalfehler“ habe darin bestanden, die SPD 1990 nicht für frühere SED-Mitglieder zu öffnen. „Oskar hätte es heute schwerer, wenn wir damals klüger gewesen wären.“

Lafontaine, selbst im Saal, nickte zustimmend.

STEFAN BERG,
MARKUS DEGGERICH, FRANK HORNIG